

VERSAMMLUNGSBERICHTE

Deutsche Gesellschaft für Metallkunde.

Vortragsabend am 12. März 1931 in Berlin, Ingenieurhaus.

Vorsitzender: O. Bauer.

Prof. Dr.-Ing. H. Hanemann, Berlin: „*Perfusions- und Diffusionsvorgänge im festen Zustand, ein Beitrag zur Frage der Kinetik in Mischkristallen.*“

Die regelmäßige Form und Lage der Ferritnadeln im Schlißbild von untereutektoiden, aus dem Bereich der γ -Phase in geeigneter Weise abgekühlten Eisen-Kohlenstoff-Legierungen (sog. Widmannstättensches Gefüge) läßt sich durch kristallographisch begründete Vorstellungen über die Wanderung der C-Atome im übersättigten γ -Korn erklären. Die einzelnen C-Atome sind im γ -Eisen in der Mitte des von den Eisenatomen gebildeten kubisch-flächenzentrierten Elementarkörpers eingelagert. Sie wandern bei der Ausscheidung von dort aus auf den Geraden des geringsten Widerstandes durch die Kantenmitten des Elementarwürfel. Eine derartige gerichtete Atomwanderung wird als „Perfusion“ bezeichnet. Die räumliche Mannigfaltigkeit der Schichten, die auf diese Weise von überschüssigen C-Atomen frei werden, wird durch den „Perfusionskörper“ dargestellt, der den Oktaeder- und Würfelflächen des ursprünglichen γ -Kornes entspricht. Die Spuren dieser sieben Flächenscharen findet man im allgemeinen Fall in den Ferritnadeln des Gefügebildes für die ursprünglichen Bereiche der einzelnen homogenen γ -Körner wieder.

Die regelmäßige Anordnung von α - bzw. γ -Messingteilchen in den kubisch-raumzentrierten β -Mischkristallen von Kupfer-Zink-Legierungen wird auf Grund der Gefügebilder und kristallographischer Betrachtungen auf ähnliche „Perfusionsvorgänge“ zurückgeführt, obwohl hier die überschüssigen Atome nicht „eingelagert“, sondern „substituiert“ sind.

Unter „Diffusion“ versteht Vortr. dagegen alle solchen Platzwechselvorgänge, die sich in Substitutionsmischkristallen mit ungeordneter Atomverteilung ohne Bevorzugung bestimmter Gitterrichtungen vollziehen und im Schlißbild regellos gelagerte, unregelmäßig begrenzte Ausscheidungen ergeben. Diffusionsvorgänge verlaufen verhältnismäßig langsam, die Perfusion dagegen durchweg so schnell, daß sie durch Abschrecken nicht ganz unterdrückt werden kann. Kristallseigerung und Vergütungserscheinungen sind daher mit unvollständiger Diffusion in Beziehung zu bringen.

Der Vortrag und die anschließende Aussprache werden demnächst in der Zeitschrift für Metallkunde veröffentlicht werden. —

Dr. G. Masing, Berlin: „*Abnorme Diffusionserscheinungen (Wachsen von Gußstücken aus Wismut-Antimon-Legierungen).*“

Die kürzlich mitgeteilten Beobachtungen¹⁾ werden näher erklärt und im Hinblick auf den vorangegangenen Vortrag zur Diskussion gestellt. Die Diffusion beim Homogenisieren der unter starker Zonenbildung erstarrten Legierungen führt hier zu erheblicher Vergrößerung des Volumens. Es bilden sich Risse und Poren. Unter den starken inneren Spannungen rekristallisiert das Gefüge an den Zonenrändern. Ähnliche Wirkungen von Diffusionsvorgängen zeigen sich auch bei der umgekehrten Blockseigerung von zinkreichen Cu-Zn-Legierungen.

Die Metallforschungskommission der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft,

die unter Leitung von Prof. Schenck, Münster, arbeitet, tagte am 15. März 1931 in Düsseldorf. Aufgabe der Kommission ist es, die Einzelforschungen auf dem Wege der Gemeinschaftsarbeit zusammenzufassen und nach gemeinsamen Plänen die wissenschaftliche Grundlage der technischen Fortschritte zu schaffen, so z. B. in bezug auf das planmäßige Erschmelzen hochwertiger Stähle, die Weiterentwicklung der vergütbaren Legierungen, die Auffindung neuer Wege für die Verwertung heimischer Erze. Die Arbeiten der Kommission des letzten Jahres fanden ihren Niederschlag in 113 wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

¹⁾ Wissensch. Veröffentl. Siemens-Konzern 9, 331/38 [1930].

Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums.

Berlin, 19. Februar 1931.

Vorsitzender: Patentanwalt Mintz.

Dipl.-Ing. F. Neubauer, Berlin: „*Die Abgrenzung des Patentrechts durch den Anmelder.*“

Das Patentrecht ist ein gesetztes Recht, kein Naturrecht. Daher besteht keine Berechtigung, aus dem Begriff des Patentrechts unmittelbar auf die Auslegung eines Patents zu schließen. Vielmehr muß man die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes gegeneinander halten. Kommt man zu unerträglichen Auslegungen, so sind sie nur durch Änderung des Gesetzes abzuändern. Bekannt sind bisher drei gesetzliche Einrichtungen des Patentschutzes: 1. (Frankreich) Eintragung ohne Prüfung, Auslegung nach dem Gesamthalt der Patentschrift und dem Stand der Technik. 2. (England) Erteilung nach vorläufiger Prüfung auch gegen die Meinung des Patentamts, Auslegung nach dem Patentanspruch als Willenserklärung. 3. (V. St. A.) Endgültige Prüfung, Erteilung nach dem Willen des Anmelders bei Zustimmung des Patentamts, Auslegung nach dem Patentanspruch als Willenserklärung. Das deutsche Patentgesetz schließt sich zum Teil wörtlich der amerikanischen Übung an, und der Anmelder soll danach im Mittelpunkt der Patenterteilung stehen, indessen hat die deutsche Übung bei der Erteilung den Willen der Prüfungsbehörde in den Vordergrund geschoben, während die Gerichte ein Patent ohne Rücksicht auf die Willenserklärung des Anmelders und die Meinung des Patentamts nach dem Stande der Technik auszulegen pflegen. Bei dem Erlaß des deutschen Patentgesetzes, um den zwei Gruppen kämpften, sollte wohl den Erfindungen Schutz gewährt werden, aber kein scheinbarer Schutz den Nichterfindungen. Deshalb sollte das Patentamt von vornherein den Umfang des gewährten Schutzes festsetzen und die gegen das Patent beteiligten Gewerbetreibenden sollten von der Prüfung dauernd befreit bleiben. Das Gesetz wollte also nicht nur die Erteilung der Patente schlechthin, sondern auch den Umfang des Rechtes dem Patentamt anvertrauen. Deshalb bestimmt es, der Anmelder habe bei der Anmeldung in einem besonderen Patentanspruch anzugeben, was als patentfähig geschützt werden soll, diese Angabe habe das Patentamt förmlich und sachlich zu prüfen und das Patent danach zu versagen oder zu erteilen. Der Gedanke, der Patentinhaber sei an diese Willenserklärung nicht dauernd gebunden, ist nicht erörterungsfähig. Davon, daß bei jedem Richterspruch von neuem geprüft werden sollte, was dem Patentinhaber nach dem Stande der Technik zukomme, kann nicht die Rede sein. Ausdrücklich wollte das Gesetz dem Patentinhaber nur soviel gewähren, als der Anmelder ohne Widerspruch des Patentamts bestimmt in der Patentschrift ausgesprochen hatte. Durch Gegeneinanderhaltung der Bestimmungen des Gesetzes ergeben sich in dieser Beziehung die folgenden Rechtssätze: 1. Der Patentanspruch stellt den Schutzbereich des Patentes verbindlich fest. 2. Der Patentanspruch ist die Erklärung des Schutzwillens des Anmelders an die Allgemeinheit, den die erteilende Stelle des Patentamtes als nicht gesetzwidrig anerkannt hat. 3. Im Zweifel ist der Patentanspruch auch entgegen der Beschreibung maßgebend. 4. Der Patentanspruch kann weder einschränkend noch ausdehnend ausgelegt werden. 5. Einander ausschließende Auslegungen des Patentanspruches sind gegen den Patentinhaber auszulegen. Es ist auch in der Regel nicht zu viel vom Anmelder verlangt, daß er seinen Patentanspruch daraufhin prüfe, ob jede Bedingung, an die er den Schutz knüpft, auch erforderlich ist, und ob alle zusammen hinreichend sind, um die Erfindung zu verwirklichen. Der „Erfindungsgegenstand“, die „Erfindung“ eines Patentes stehen also unter allen Umständen, soweit sie geschützt sind, vollständig im Patentanspruch; niemand braucht nach ihnen zu suchen. Unvereinbar mit den vorstehenden, unmittelbar aus dem Gesetz hergeleiteten Sätzen ist die Übung des Patentamtes, einen neuen und erfinderischen Teil einer zusammengesetzten Erfindung auch für sich als geschützt anzusehen, denn nur das Patentamt im Erteilungsverfahren ist zuständig, festzustellen, was eine patentfähige Erfindung im Sinne des Gesetzes ist, weil einer solchen Entscheidung nur der im Patentamt geübte Techniker gewachsen ist. Durch neuere Entscheidungen des Reichspatent-

amts ist auch festgestellt, daß das Patentamt weder Teilansprüche prüft, die der Anmelder nicht ausdrücklich gestellt hat, noch sich weigern kann, Teilansprüche neben einem Gesamtanspruch zu erteilen. Die Rechtsvermutung, als habe das Patentamt alles erteilen wollen, was nach dem Stande der Technik patentfähig war, entfällt daher. Das Patentamt hat den Schutzzinhalt des Patents endgültig zu prüfen. Niemand hat Anlaß oder Befugnis, das anders als im Nichtigkeitsverfahren nachzuprüfen. Dieser Standpunkt weist dem Patenterteilungsverfahren wieder eine erhöhte Bedeutung zu. Die gesetzwidrige Auslegung der Patente durch die Gerichte hat jedoch zahlreiche Anmelder dazu veranlaßt, wichtige Patente in mangelhafter Form hinzunehmen. Um den Übergang zur gesetzmäßigen Auslegung ohne erhebliche Schädigung auch in solchen Fällen zu ermöglichen, schlägt Vortr. vor, dem Patentinhaber für Patente aus einer und für eine begrenzte Zeit des Patenterteilungsverfahrens zur Erteilung eines erweiterten Patentschutzes zu gestatten. Die Rückkehr zur gesetzlichen Auslegung der Patente hält Vortr. für notwendig im Interesse der Rechtssicherheit. Es geht nicht an, daß fünf Jahre lang, bis nämlich das Reichsgericht gesprochen hat, die einzige feste Grundlage für die Auslegung eines Patents fehlt. Eine grundlegende Änderung des deutschen Patentgesetzes kommt nicht in Frage, da man andernfalls dem Patentamt nur die gesamte Patentprüfung entziehen und den Anmelder nach französischem Vorbild allein verantwortlich für das Patent machen müßte. Zur Wiederherstellung eines erträglichen Zustandes ist daher nur die Beseitigung der gerichtlichen Auslegung möglich, die sich um das Patentgesetz nicht kümmert.

Außerordentliche Vereinsversammlung in Stuttgart am 13. März 1931. — Vorsitzender: M. Mintz.

Dr. Weidlich: „Die Angestelltenenerfindung im in- und ausländischen Recht.“

Ausgehend von der Bedeutung, welche die Frage der Angestelltenenerfindung für die deutsche Industrie und deren Entwicklung hat, werden die Schwierigkeiten einer einheitlichen gesetzlichen Regelung, die Vorteile und Nachteile, welche aus der Beteiligung der Angestellten an ihren Erfindungen erwachsen, das Wesen der Angestelltenenerfindung und ihre Behandlung in der deutschen Rechtsprechung dargelegt. Es ergibt sich hierbei, daß der Angestellte durch das Reichsgericht in weitem Maße geschützt wird, und daß die entgegenstehenden Interessen in einer Weise ausgeglichen werden, welche einer Kritik nicht nur vom rechtlichen, sondern auch vom sozialen Standpunkt aus standhält. Daß die Behandlung der Frage der Angestelltenenerfindung in der ganzen Welt mit verhältnismäßig geringfügigen Abweichungen überall dieselbe ist, wird an Hand der Gesetze und der Rechtsprechung der hauptsächlichsten Industriestaaten dargelegt.

Von besonderem Interesse ist das Angestelltenenerfindungsrecht in Rußland, das trotz seiner politischen Einstellung dem Angestellten gegenüber dem Unternehmer durchaus keine weiter gehenden Rechte gibt, aus dem einfachen Grunde, weil der Unternehmer dort durchweg der Staat ist.

Interessant ist ferner der Versuch Österreichs, eine eingehende Regelung des Angestelltenenerfindungsrechts zu schaffen, die aber nach Ansicht des Vortr. nicht unerhebliche Gefahren bietet und deren Übertragung auf große Industrieländer abzulehnen ist.

Es werden weiterhin die verschiedenen Versuche zu einer gesetzlichen Regelung des Angestelltenenerfindungsrechts behandelt sowie die Regelung der Frage in den Tarifverträgen, wobei Vortr. zu dem Schluß kommt, daß bei der außerordentlichen Verschiedenheit der industriellen Bedingungen die tarifvertragliche Regelung, welche die besonderen Verhältnisse jeder Industrie zu berücksichtigen vermag, jeder gesetzlichen Regelung vorzuziehen ist. Dies hat sich auch bei den Industrien, welche diesen Weg gegangen sind, ausgezeichnet bewährt.

Außerordentliche Vereinsversammlung in Köln am 12. März 1931.

Dr. E. Reimer, Rechtsanwalt, Berlin: „Wichtige Fragen der gegenwärtigen Rechtsprechung auf dem Gebiet des Patent- und Warenzeichenrechts.“

Vortr. wendet sich gegen eine zu starke Berücksichtigung des sogenannten „papierenen Standes der Technik“. Der Ver-

treter eines Patentbesitzers soll sich nicht darauf berufen dürfen, daß die von ihm getroffenen Maßnahmen in alten, völlig unbekannten Druckschriften schon beschrieben sind. Wenn es sich um eine glatte Nachahmung handelt, darf die Klage des Patentinhabers nur dann abgewiesen werden, wenn die Nachahmung allgemein bekannte, lebendige Technik benutzt. Die heutige Rechtsprechung übersieht vielfach diese Unterschiede und beschränkt dadurch den Wert der Patente zum Schaden der Industrie. Vortr. bespricht die Rechtsprechung zu diesen und verwandten Fragen im einzelnen.

Aus dem Warenzeichenrecht wird zunächst das aktuelle Thema der sogenannten schwachen Zeichen behandelt. Bei der sich immer steigenden Fülle von Warenzeichen liegt es nahe, daß vielfach ähnliche Bezeichnungen gebraucht werden. Die Rechtsprechung steht hier auf dem Standpunkt, daß durch solche häufige Benutzung die Verwechslungsgefahr der Zeichen beseitigt werde. Diese Auffassung sei falsch; vielmehr sei der Gesichtspunkt entscheidend, daß es unmöglich ist, wenig charakteristische Bezeichnungen für einen Betrieb zu monopolisieren.

Weiterhin behandelt Vortr. die in zahlreichen Entscheidungen berührte Frage, ob der Inhaber eines Warenzeichens auch dann noch gegen Nachahmungen vorgehen dürfte, wenn er diese jahrelang geduldet habe. Vortr. ist der Auffassung, daß die Rechtsprechung zu dieser Frage wie auch zu der ebenfalls erst in neuerer Zeit aufgetauchten Frage des Verhältnisses der im Register des Patentamtes eingetragenen Marken zu nicht eingetragenen, aber im Verkehr stark bekannten Marken noch sehr in der Entwicklung sei.

Die vielen Lücken der Gesetze lassen den Gedanken nach Ausfüllung dieser Lücken durch den Gesetzgeber aufkommen. Aber dieser Gedanke sei angesichts der großen Vielzahl feiner Rechtsfragen abzulehnen. Die Lückenausfüllung könne sehr gut durch Aufstellung von Normen seitens der Gerichte erfolgen. Allerdings müßten sich die Gerichte gerade auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes ihrer hohen Aufgabe, klare Normen aufzustellen, in besonderem Maße bewußt sein.

Verein zur Förderung der Moorkultur des Deutschen Reiches.

Sitzung: Berlin, den 3. Februar 1931.

Dr. Brüne, Vorsteher der Moorversuchsstation, Bremen: „Neuere Erfahrungen auf dem Gebiet der Moor- und Heidekultur.“

Vortr. bringt Betriebsergebnisse bei der Hochmoorkultur. Die Kalkfrage ist von einer endgültigen Lösung noch entfernt. Es ließen sich nur einige Richtlinien aufstellen. Weitere Versuche erstreckten sich auf die Feststellung der günstigsten Getreidesorten für Hochmoorackerland. Geprüft wurde die Frage, ob sich durch stärkere Stickstoffdüngung bessere Erträge erzielen lassen. Vortr. ist nicht dieser Ansicht. Die oft beobachtete Heidemoorkrankheit ist wahrscheinlich eine Bodenkrankheit auf physiologischer Grundlage, die durch Schwärzhumus hervorgerufen wird. In Holland hat man Kupfersulfat dagegen angewandt, und konnte dadurch eine gesunde Getreideentwicklung erzielt werden. Bei den Versuchen des Vortr. konnten diese Wirkungen wohl im Gewächshaus erzielt werden, nicht aber im Boden. Die Versuche sollen fortgesetzt werden. —

Prof. Dr. Keppeler, Hannover: „Über torftechnische Fragen.“

Mit der Versendung des Torfs kann man nicht über 100 km gehen. Es muß daher versucht werden, den Absatz im Gewinnungsgebiet zu fördern. Es gibt Kessel, die ohne weiteres mit Torf geheizt werden können. Zur Torfverdichtung verweist Vortr. auf das Mannesmann-Verfahren, bei welchem durch zwei mit Stiften versehene Schalen eine weitgehende Zermahlung bewirkt wird. Das Torf-Trocknungsverfahren von Schimansky, nach welchem Torf durch Ausfrieren entwässert wird, scheint Vortr. noch nicht genügend rationell durchgebildet.

In der Aussprache erwidert Schimansky, daß sein Verfahren für die speziellen Verhältnisse Ostpreußens ausgebildet wurde.